

21
79

Union in Deutschland

Bonn, den 25. Mai 1979

Bundespräsident Karl Carstens:

Für mich beginnt in diesen Tagen ein neuer Lebensabschnitt. Das Grundgesetz weist dem Bundespräsidenten die Rolle zu, Präsident aller Bürger dieses Landes zu sein und sein Amt unparteiisch zu führen. Ich werde mir Mühe geben, diesem hohen Anspruch gerecht zu werden. Ich bitte alle Bürger unseres Landes, mich bei dieser Aufgabe zu unterstützen. Denn bei allen Meinungsverschiedenheiten, die wir in der Vergangenheit ausgetragen haben, gibt es doch vieles, was uns miteinander verbindet.

Wir sind alle der Meinung, daß das Grundgesetz, dessen 30. Geburtstag wir heute feiern, die beste Verfassung ist, die das deutsche Volk in seiner Geschichte jemals gehabt hat, daß es unsere gemeinsame Aufgabe ist, alles in unseren Kräften Stehende zu tun, damit der soziale Bundesstaat, der freiheitliche Rechtsstaat dieses unseres Grundgesetzes weiter gefestigt und ausgebaut wird.

Ich möchte Sie bitten, mit mir zusammen für die nächsten Jahre diese Aufgaben in Angriff zu nehmen, zum Wohle unseres Landes, zum Wohle des deutschen Volkes und im Dienste des Friedens in Europa und in der Welt.

**Noch 16 Tage
bis zur
Europawahl**

Heute für den Wahlkampf:

Wahlkampfaussage kommt an /
Zweideutige Haltung der DGB-
Führung / So sieht das „Europa
der Arbeitnehmer“ aus /
Freiheit zahlt sich aus /
Europäische Kernkraftwerke
sollen überwacht werden /

Seite 2/4

Dem Wähler sagen / Antworten
an die SPD

Seite 3

Der 10. Juni ist die historische
Chance unserer Generation
Großkundgebung in Dortmund

Seite 5

Wähler fragen — hier ist die
richtige Antwort

Seite 7

Mittelstand in Europa

blauer Teil

RENTEN

Gleichberechtigung der Frau
ohne Wenn und Aber

Seite 13

UID-EXTRA

Die Deutsche Frage kann nur
gesamteuropäisch gelöst werden

gelber Teil

Aufgabenverteilung im CDU-Präsidium

Das Präsidium der CDU hat auf seiner Klausurtagung in Ascheberg (Westfalen) am 21. Mai 1979 einstimmig folgende Aufgabenverteilung beschlossen:

Dr. Helmut Kohl:	Außenpolitik
Dr. Heiner Geißler:	Sozialpolitik
Minister Walther Leisler Kiep:	Schatzmeister, Beziehungen zu den USA
Ministerpräsident Dr. Ernst Albrecht:	Energie und Umwelt
Ministerpräsident Dr. Gerhard Stoltenberg:	Konjunktur- und Finanzpolitik
Professor Kurt H. Biedenkopf:	Wirtschaftspolitik
Dr. Alfred Dregger:	Innenpolitik, Verteidigungspolitik
Heinrich Köppler:	Rechtspolitik, Bund-Länder-Verhältnis
Minister Dr. Hanna-Renate Laurien:	Bildungspolitik
Hans Katzer:	Europaparlament

Ulf Fink zum Bundesgeschäftsführer bestellt

Das Präsidium stimmte auf der gleichen Sitzung einmütig dem Vorschlag des Generalsekretärs zu, Ulf Fink zum Bundesgeschäftsführer der CDU-Bundesgeschäftsstelle zu bestellen.

■ INFORMATIONEN FÜR DEN WAHLKAMPF

Wahlkampfaussage kommt an

Die CDU kann mit Optimismus dem 10. Juni — dem Tag der Europawahl — entgegensehen: Nach den neuesten Umfragen (Emnid, Mai 1979) ist nahezu die Hälfte aller Bürger im Wahlalter entschlossen, für die Union zu votieren. Das Wählerpotential der Union ist stabil, erklärte Hans Katzer im Anschluß an eine Sitzung der Europawahlkampf-Kommission.

Dies nicht von ungefähr: Analysen des Instituts für Demoskopie (Allensbach) belegen, daß die Wähler heute gerade die Problemfelder stärker akzentuieren, die von der CDU als Wahlkampfthemen gewählt werden. So halten 77 % der Bevölkerung die nach dem Europawahlprogramm der SPD mögliche Zusammenarbeit von sozialistischen und kommunistischen Gruppierungen im Europäischen Parlament für sehr gefährlich. Deutliche Zuwächse an Lösungskompetenz runden das Bild ab

und manifestieren das wachsende Vertrauen der Bevölkerung in die Union.

Daraus ist klar zu erkennen, daß die Wähler die Wahlkampfaussage der CDU angenommen haben.

So sieht das „Europa der Arbeitnehmer“ aus

Über sechs Millionen Bürger Europas sind arbeitslos. Die Bundesregierung hat es versäumt, einen wirksamen Beitrag zum Abbau der Arbeitslosigkeit in Europa zu leisten. Statt dessen ist sie dazu übergegangen, die Schuld an der Arbeitslosigkeit den Arbeitslosen anzulasten. Die Verschärfung der Zumutbarkeitskriterien für eine Arbeitsaufnahme in der 5. Novelle zum Arbeitsförderungsgesetz ist dafür ein Beleg. Wir nehmen diesen Beitrag der SPD als einen Beitrag zu dem von ihr versprochenen „Europa der Arbeitnehmer“ ernst, stellt hierzu Hans Katzer fest. Denn solche Formen von „Arbeitsförderung“ sind weder geeignet Europa sozialer, noch freiheitlicher zu gestalten.

Freiheit zahlt sich aus

Dies ist die Schlagzeile der CDU-Wahlkampfzeitung. Im Boulevard-Stil aufgemacht, informiert sie den Leser über die Richtungsentscheidung bei der Wahl am 10. Juni. Die drei Schwerpunktthemen des Europawahlkampfes, Partnerschaft, Bürgerfreiheit und Sicherheit werden erläutert, der Wahlauf Ruf wiedergegeben. Weiter enthält die vierseitige Zeitung ein Interview mit Helmut Kohl, informiert über die Zusammensetzung der Europäischen Volkspartei und weist auf die Briefwahl hin.

Seite drei ist die jeweilige Landesseite der Zeitung. Hier werden die Europawahlen aus Landessicht dargestellt, die

Dem Wähler sagen —

Die SPD verbreitet:

„Helmut Schmidt ist der Mann, auf den das Ausland in Europa gern hört.“

Darauf sollten wir antworten:

Es ist in Wahrheit so, daß sich die Stimmen zur „Arroganz von Herrn Schmidt“ mehren. Ein Beispiel gab die angenehme Wochenzeitung REVUE in Luxemburg (Nr. 6/79, Seite 11):

„Lange Zeit war Europa... dem kantigen Kanzler am Rhein schnurz. Erst als die Weltwirtschaftskrise dem Bonner Macher Wachstumsschwierigkeiten und Arbeitslose bescherte, besann sich der Realpolitiker Schmidt auf die ökonomischen Vorteile dieser Gemeinschaft... und entdeckte sein Herz für Europa. Sein Einstieg war denn auch voll und ganz: Seitdem spielt er sich ungeniert als Herr im europäischen Haus auf und duldet höchstens den französischen Staatschef neben sich.“

Die SPD verbreitet:

„Die SPD geht in die Europawahl mit einer jungen Mannschaft aus Bund und Ländern und präsentiert 20 Prozent Frauen.“

Darauf sollten wir antworten:

Das Durchschnittsalter der offiziellen „Bund-Länder-Mannschaft“ der SPD beträgt 51,4 Jahre. Die 45 von der CDU in der Illustrierten STERNSTUNDE vorgestellten Kandidaten haben ein um ein Jahr geringeres Durchschnittsalter. Nimmt man unsere Kandidaten-Stellvertreter hinzu, so haben wir den Jahrgang 1931 als „Durchschnittsjahrgang“. Die SPD bringt nicht 20 Prozent Frauen durch, sie kann mit 5 bis 6 Mandaten für Frauen rechnen. CDU und CSU würden bei Wiederholung des Bundestagswahlergebnisses mit der SPD gleichziehen.

Bestellschluß für Europamaterialien

Der 1. Juni 1979 — 12 Uhr — ist der Bestellschluß für das Informations- und Werbematerial zum Europawahlkampf.

Bis zu diesem Termin muß Ihre Bestellung im IS-Versandzentrum in Gütersloh vorliegen.

Es kann keine Garantie dafür übernommen werden, daß Material, das nach diesem Zeitpunkt bestellt wird, bis zum 8. Juni 1979 beim Besteller ankommt.

Spitzenpolitiker äußern sich zur Wahl. Fußballfans sollten darauf hingewiesen werden, daß auf der letzten Seite Eintrittskarten für die restlichen Europameisterschafts-Spiele unserer Nationalmannschaft auf deutschem Boden zu gewinnen sind.

Die Kreisverbände erhalten für jeden Haushalt eine Wahlkampfzeitung. Das bedeutet eine Auflage von weit über 18 Millionen Exemplaren.

Zweideutige Haltung der DGB-Führung

Zu dem am Wochenende in München beendeten Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes erklärt Hans Katzer: Die CDU betont die Notwendigkeit starker Gewerkschaften für Europa. Die grenzüberschreitenden wirtschaftlichen und sozialen Beziehungen in der Europäischen Gemeinschaft erfordern grenzüberschreitende Gewerkschaften. Im EGB sind demokratische Gewerkschaftler verschiedenster politischer Strömungen zusammenge-

schlossen. Deshalb erwartet die CDU vom EGB auch für die Zukunft parteipolitische Unabhängigkeit.

Bei dem Kongreß des Europäischen Gewerkschaftsbundes stand der Aufnahmeantrag der französischen Kommunisten-Gewerkschaft CGT zur Entscheidung an. Trotz des wiederholten dringlichen Appells der CDU, trotz der persönlichen Aufforderung, die Generalsekretär Heiner Geißler an den DGB-Vorsitzenden Vetter gerichtet hat, hat dieser sich einer Entscheidung gegen die Aufnahme der Kommunisten entzogen. Er hat sich nur für die lautlose Vertagung des Aufnahmeantrags bis nach den europäischen Wahlen eingesetzt. Diese zweideutige Haltung der DGB-Führung nimmt dem Wähler die Möglichkeit, klar zu erkennen, ob er auf die deutsche Einheitsgewerkschaft bei der Abwehr des internationalen Kommunismus noch zählen kann.

Europäische Kernkraftwerke sollen überwacht werden

Die Brüsseler Kommission hat die Bildung eines Gremiums von „drei Weisen“ beschlossen, das mit der Sicherheitskontrolle der europäischen Kernkraftwerke beauftragt wird, um eine Panne wie in Harrisburg zu vermeiden. Dies wurde in Brüssel bekannt. Denselben Quellen zufolge werden die „drei Weisen“ in den kommenden Wochen ernannt. Unter anderem soll die Gruppe die verschiedenen Sicherheitsbestimmungen in den Atomkraftwerken der EG-Länder zusammenfassen, ein Informationssystem zwischen Brüssel und den EG-Mitgliedern bilden, die Ausbildung des Personals verbessern und die Forschung auf dem Gebiet der Sicherheit in den Atomkraftwerken intensivieren.

■ EUROPA-WAHLKAMPF

Der 10. Juni ist die historische Chance unserer Generation

Europa wird frei sein und nicht sozialistisch. Das muß die Antwort der Wähler am 10. Juni sein, sagte Helmut Kohl auf der Großkundgebung der Partei zur Europawahl in der Dortmunder Westfalenhalle, die mit ca. 12 000 Zuhörern dicht besetzt war und in der eine großartige Stimmung herrschte. Die CDU denkt nicht daran, zuzulassen, daß Sozialisten und Kommunisten die Uhren in Europa um 100 Jahre zurückdrehen.

Helmut Kohl und das Präsidium der Partei erlebten eine Basis, die den Ehrengast und Vorsitzenden der Europäischen Volkspartei, Leo Tindemans, mit großem Beifall überschüttete. Großbritannien Premier, Margaret Thatcher, war leider verhindert, an der Dortmunder Kundgebung teilzunehmen. Heiner Geißler sagte dazu: „Uns ist lieber, daß sie in London regiert und nicht hier ist, statt daß sie hier wäre und zu Hause weiter in der Opposition!“

Heiner Geißler: Gegen Volksfront

In seiner Eröffnungsrede erklärte der Generalsekretär, es gehe bei der Europawahl ganz entscheidend darum, wie die politische Weichenstellung in Europa für die Zukunft erfolgen soll. „Wir wollen kein Europa des Klassenkampfes — wir wollen ein Europa der Part-

nerschaft. Wir sagen ja zur Bürgerfreiheit — aber nein zur Bürokratisierung.

Christliche Demokraten wollen für Europa mehr Sicherheit und nicht Neutralisierung. Unsere Aufgabe ist es, mit aller Kraft dafür zu kämpfen, daß es in Europa nach dem 10. Juni keine Volksfront gibt, sondern daß die freiheitlichen und sozialen Kräfte die Mehrheit erringen.“

Helmut Kohl: Ein Traum geht in Erfüllung

Helmut Kohl bezeichnete die Europawahl als die historische Chance dieser Generation. Ein Traum der besten Köpfe Europas gehe in Erfüllung. Dieser europäische Wahltag wäre nie gekommen, wenn nicht führende europäische Christdemokraten nach dem 2. Weltkrieg den Grundstein dafür gelegt hätten. Helmut Kohl nannte in diesem Zusammenhang unter dem großen Beifall der Anwesenden die Namen Robert Schuman, Alcide de Gasperi und Konrad Adenauer. Die bevorstehende Wahl bezeichnete der Parteivorsitzende als einen ersten Schritt auf einen weiten und steinigen Weg. Das Ziel müsse ein vereinigtes Europa sein, zu dem auch der bis jetzt noch unfreie Teil Deutschlands gehöre und auch die Menschen in Warschau, Budapest oder Bukarest.

Scharf attackierte Helmut Kohl den SPD-Parteivorsitzenden Brandt, der offensichtlich das Wort Wiedervereini-

gung aus seinem Sprachschatz gestrichen habe. „Der Geist der Volksfront geht um“, warnte Helmut Kohl und sagte wörtlich: „Wann werden Brandt, Wehner, Schmidt, Bahr und wie die Genossen alle heißen, endlich begreifen, daß es Verrat an der deutschen Geschichte ist, wenn wir gemeinsame Sache mit den Kommunisten machen!“ Brandt und Wehner haben sich von dem Begriff der Wiedervereinigung klar abgesetzt, und Schmidt ist zu feige, diesen Wortbruch vor der deutschen Geschichte zu korrigieren.

Leo Tindemans: Europa ist unser zweites Vaterland

Der Vorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP), Leo Tindemans, stellte fest: „Wir müssen die erste europäische Wahl sehr ernst nehmen, weil wir wissen, was auf dem Spiele steht. Es gilt eine Antwort zu geben auf die Frage, ob wir in der Weltpolitik endgültig kapitulieren oder ob wir als ein starkes Europa Stimme und Einfluß haben wollen. Wenn wir die politische Einigung wollen, dürfen wir nicht in Stagnation verharren, sondern müssen für unsere Ziele und Ideale kämpfen.“ „Am 10. Juni geht es um Solidarität, Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit in unserem zweiten Vaterland Europa“, rief Tindemans zum Schluß aus.

Hans Katzer: Soziale Marktwirtschaft besser als Staatsbürokratie

Der Spitzenkandidat der CDU, Hans Katzer, kritisierte das Motto der SPD „Europa der Arbeitnehmer“. Zu Europa gehört nach unserer Auffassung mehr: dazu gehören die Handwerker, die Selbständigen und die freien Berufe, sagte Katzer. Er erinnerte daran, daß es in Europa ca. sechs Millionen Arbeitslo-

se gebe. Die Bundesregierung habe es bisher versäumt, einen wirksamen Beitrag zur Überwindung der Arbeitslosigkeit zu leisten. Diese sechs Millionen sind eine konkrete Herausforderung. Wir werden beweisen, daß die Soziale Marktwirtschaft die besseren Mittel zur Überwindung der Arbeitslosigkeit hat als eine Staatsbürokratie.

Zur Familienpolitik sagte Hans Katzer: „Die Bundesregierung geht den falschen Weg. Sie begünstigt nur die berufstätigen Frauen und benachteiligt diejenigen, die zu Hause bleiben. Wenn eine Frau sich entscheidet, ihre Arbeit zu Hause in der Familie zu leisten, soll sie nicht bestraft werden, sondern auch finanziell in die Lage versetzt werden, das zu tun. Unser eindeutiges Ziel ist es, die Familie zu stärken.“

Kurt Biedenkopf: Menschenrechte für alle Europäer

Kurt Biedenkopf, der Vorsitzende der westfälischen Landespartei, bezeichnete die Dortmunder Kundgebung als eine eindrucksvolle Demonstration für Europa. Die bevorstehende Wahl sei ein Leuchtturm für alle diejenigen, die noch nicht frei sind und auf ein einiges Europa hoffen, in dem die Menschenrechte für alle Gültigkeit haben.

Heinrich Köppler: Wir brauchen eine neue Regierung

Heinrich Köppler, Vorsitzender der CDU des Rheinlandes, erinnerte daran, daß bereits 34 Jahre Frieden in Europa herrsche. Diesen Frieden gelte es zu sichern, aber auch die Freiheit, und das schließe eine Kooperation mit dem Kommunismus aus. Deshalb — so Heinrich Köppler zum Schluß — brauchen Düsseldorf und Bonn eine neue Regierung.

■ WAHLKAMPFTELEFON (02221) 5441

Wähler fragen — hier ist die richtige Antwort

Ein fast in allen Diskussionen vorgebrachtes Vorurteil lautet: Es lohnt gar nicht, zur Europawahl zu gehen, weil das Europäische Parlament nichts zu sagen hat! Da es sich hier um ein sehr wichtiges Thema handelt, nachfolgend eine umfassende Antwort.

Das Europäische Parlament hat sehr wohl wichtige Kompetenzen, schon heute, vor allem Mitwirkungs- und Kontrollrechte beim EG-Haushalt. Es hat schon bisher die Arbeit und die Ausgabenwirtschaft der Kommission und des Rats wirkungsvoll kontrolliert. Dabei hat es häufig neue Impulse gegeben und seine eigenen politischen Vorstellungen durchgesetzt. Zum Beispiel bei der Finanzierung der Regionalpolitik und beim Betrieb zukunftsweisender Großforschungseinrichtungen, über die sich der Ministerrat nicht einig werden konnte.

Dabei hat das Parlament seine gegenwärtigen Tätigkeitsmöglichkeiten nach dem Vertrag noch nicht einmal voll genutzt. Die CDU tritt dafür ein, daß das neue, demokratisch legitimierte Parlament die Befugnisse nach den Römischen Verträgen voll ausschöpft. Dazu gehören auch:

■ die weitestgehende Nutzung des jüngst in Kraft getretenen förmlichen

Konzertierungsverfahrens zwischen Parlament und Rat;

■ wo die Römischen Verträge dies nach Art. 235 gestatten, eine ständige Anpassung der Befugnisse des Parlaments durch Ratsbeschluß an die Ziele des EWG-Vertrags.

Gemeinsam mit ihren Partnern in der Europäischen Volkspartei tritt die CDU darüber hinaus für eine Erweiterung der Parlamentsbefugnisse durch Vertragsänderungen ein: das Parlament soll die vollen Haushaltskontroll- und Legislativrechte sowie das Recht, die EG-Kommission einzusetzen, erhalten. Natürlich müssen dabei auch die anderen EG-Partner mitwirken und das entsprechende Ratifikationsverfahren durchführen.

Die CDU ist zuversichtlich, daß auch alle anderen EG-Staaten, selbst diejenigen, die heute noch zögern, für eine solche Entwicklung gewonnen werden können. Man soll die historische Erfahrung nicht vergessen, daß in der europäischen Geschichte die meisten Parlamente nicht sogleich mit vollen Rechten zur Welt gekommen sind, sondern sich diese in einer längeren Auseinandersetzung erstritten haben.

Da die nationalen Regierungen bereits eine ganze Reihe von Kompetenzen an die Exekutive der Gemeinschaft in Brüssel übertragen haben — Kompetenzen, die damit der Kontrolle der na-

tionalen Parlamente entzogen wurden — und da dieser Prozeß zügig weitergehen soll, muß durch eine Kompetenzsteigerung des Europäischen Parlaments die demokratisch-parlamentarische Kontrolle gesichert werden. Das Parlament soll diejenigen Kompetenzen auf europäischer Ebene erhalten, die den nationalen Parlamenten infolge des europäischen Einigungsprozesses verloren gehen!

Als vom Bürger direkt gewählte Vertretung hat das neue Parlament auch eine neue Qualität, die Bürger nehmen auf die europäische Einigung unmittelbaren Einfluß, das Parlament versinnbildlicht den Dialog mit dem Bürger. Das gibt dem Parlament auch die Legitimität gegenüber der Brüsseler Exekutive und dem umfangreichen bürokratischen Apparat, den die Europäische Gemeinschaft nun einmal braucht. Durch seine bloße Existenz richtet das Europäische Parlament die Frage an die nationalen Regierungen — und für uns Deutsche an die Bundesregierung: „Seid ihr bereit, euch — gegen die anonyme Bürokratie der europäischen Verwaltung — der demokratischen Kontrolle in Europa unterzuordnen?“

Selbst ein vereinigtes Europa ist ja ohnmächtig und kann zum Weltfrieden wenig beitragen.

In Wirklichkeit hat uns der europäische Zusammenschluß schon bisher den Frieden bewahrt und hat auch in Zukunft die Chance, friedensstiftend zu wirken.

Vor genau 40 Jahren brach der Zweite Weltkrieg los. Europäische Länder fielen in Elend und Trümmer. Aber gerade aus dem Leid und der Zerstörung dieser Jahre haben die Europäer gelernt, was der Frieden wert ist und daß ihre

gemeinsamen Ideale und Interessen ihnen in Wirklichkeit den Weg in die Gemeinsamkeit weisen. Konrad Adenauer und die CDU haben den freien Teil unseres Landes entschlossen in die Gemeinschaft der europäischen Völker hineingeführt, denen wir im Willen zu Frieden und Freiheit verbunden sind. Es sollte ein für allemal Schluß sein mit Haß und Mord, mit Feindschaft und Krieg. CDU-Regierungen haben auch den Beitritt zum Friedenssystem des westlichen Bündnisses vollzogen. Sie haben uns mit dem Abschluß der Römischen Verträge den Weg zum europäischen Bundesstaat geebnet.

Diese historischen Entscheidungen haben unserem Lande 30 Jahre des Friedens und der Freiheit gebracht, auch gegenüber den Bedrohungen gegenüber dem Osten.

Die SPD war dagegen, — sie interessierte sich damals wie heute mehr für die Perfektionierung des Sozialismus als für die Einbindung unseres Landes in die große Gemeinschaft der freien Staaten. Und noch heute klingt das Ja der SPD zu Europa halbherzig.

Aber: je weiter die europäische Einheit fortschreitet, desto besser kann Europa auch in Zukunft seiner friedensbewahrenden und friedensstiftenden Aufgabe gerecht werden. Sie entspricht den besten sittlichen Traditionen europäischer Geschichte. Einig und stark können wir am besten unseren Beitrag zur Entwicklung der Dritten Welt leisten und auch dort für Freiheit und Frieden wirken. Einig und stark können wir auch den osteuropäischen Nachbarn, denen — wie unseren Landsleuten in der DDR — die Mitwirkung heute nicht möglich ist, immer wieder das Angebot der Freiheit, des Friedens, der Versöhnung machen.

■ KOALITION

Koalition uneinig — klare Vorschläge der Union

Während die Koalition im Wirtschaftsausschuß keine Änderungsanträge zum Arbeitsförderungs-gesetz vorgelegt hat und Staatssekretär Grüner im Ausschuß ausdrücklich feststellte, daß die Regierung an ihrem Entwurf festhält, hat die Koalition im Widerspruch dazu im Ausschuß für Arbeit und Soziales schließlich doch Änderungsanträge gestellt.

Die CDU/CSU dagegen hat im Wirtschaftsausschuß eine konkrete Stellungnahme vorgelegt, die vom Ausschuß einstimmig beschlossen wurde. Damit bezweckt sie eine Verbesserung der Möglichkeiten der Bundesanstalt für Arbeit, die Bedürfnisse der Wirtschaft mit den Wünschen der Arbeit-suchenden in Einklang zu bringen. Der Entwurf erscheint insgesamt geeignet, notwendige Voraussetzungen für die Vermittlung der längerfristig Arbeitslosen zu schaffen.

Die Erreichung des im Stabilitäts- und Wachstumsgesetz festgelegten Ziels der Vollbeschäftigung hängt allerdings in erster Linie von wirtschaftspolitischen Entscheidungen ab, die mit der Finanz- und Sozialpolitik ein Ganzes bilden müssen.

SPD/FDP-Koalition vertagt Lärmschutzgesetz

Zu den Beratungen über das Verkehrs-lärmschutzgesetz im Deutschen Bundestag erklärt der Berichterstatter der CDU/CSU-Fraktion, August Hanz: Die SPD/FDP-Koalition mußte um Vertagung der Beratungen des Verkehrs-

lärmschutzgesetzes im Verkehrsaus-schuß bitten, weil sie sich weder über die Kosten noch über die Finanzierung und die Tragweite des Gesetzes einig ist. Die Bundesregierung hat darüber hinaus nicht erkannt, welche Weiterun-gen ihr Gesetzentwurf auf Landes-, Kreis-, Gemeindestraßen und auf die Schienenwege haben wird. Es grenzt an Naivität zu glauben, man könne ein Lärmschutzgesetz nur für Bundesfernstraßen machen.

Für die Union ist klar, daß der Kampf gegen Lärm vorwiegend in den Städten und Gemeinden stattzufinden hat. Sie will daher eine Einbeziehung insbesondere der Kommunalstraßen und eine Aufnahme von Lärmschutzmaßnahmen in das Gemeindeverkehrsfinanzierungs-gesetz. Auch die Schienenwege müs-sen im Verkehrslärmschutzgesetz ent-halten sein, und zwar mit einer Lärm-grenze, die den Besonderheiten des Schienenverkehrs Rechnung trägt. Die Union will — anders als die Koalition bisher hat erkennen lassen — den Ver-waltungsaufwand durch pauschalierte Kostensätze so niedrig wie möglich hal-ten.

Bonn kneift wieder gegenüber der DDR

Zweierlei Maß bei der Forderung nach einem Sicherheitsstandard bei Kernkraftwerken hat der Mainzer Bundestagsabgeordnete Johannes Gerster der Bundesregierung vorgeworfen. So habe sie in der Fragestunde vom 16. Mai 1979 mitgeteilt, daß sie gegenüber der fran-zösischen Regierung gefordert habe, bei den französischen Kernkraftwerken im Rheingraben und an der Mosel erhöhte Sicherheitsvorkehrungen zu tref-fen. In der gleichen Fragestunde habe die Bundesregierung jedoch einräumen

müssen, daß sie derartige Forderungen bisher nicht gegenüber der DDR wegen deren Kernkraftwerke im Umfeld von Berlin und an der innerdeutschen Grenze gestellt habe, obwohl die innerdeutschen Vereinbarungen entsprechende Instrumentarien hierfür vorsehen. Wieder einmal kneift also die Bundesregierung gegenüber der DDR, wenn es um die Durchsetzung berechtigter Anliegen gehe.

Starker Mitgliederschwund bei der Hessen-SPD

Im Vergleich zum Vorjahr hat der SPD-Bezirk Hessen Süd einen Mitgliederschwund um 1 014 registrieren müssen. Dies bedeutet bei einer derzeitigen Gesamtzahl von 94 480 südhessischen Genossen einen Rückgang um 1,1 Prozent. Fred Gebhardt, Vorsitzender des SPD-Unterbezirks Frankfurt, machte keinen Hehl daraus, daß es „mit der Attraktivität der Partei offensichtlich nicht zum besten steht“. 1978 meldeten sich nur noch ganze 2 736 Bewerber in den südhessischen Ortsvereinen an — eine Zahl, die unter dem Strich die Austritte, Wegzüge und Sterbefälle nicht mehr wettmachen konnte.

Die auffallend hohe Sterblichkeitsziffer — 1978 schieden in Südhessen 1 100 SPD-Mitglieder durch Tod aus — hat ihren Grund darin, daß die Sozialdemokratie vorrangig eine Partei der Alten ist: die über 50jährigen stellen das höchste Mitgliederkontingent, darunter noch fast zehn Prozent, die 61 bis 70 Jahre alt sind. Die jungen Leute, die noch 1972 in hellen Scharen in die SPD strömten, bleiben seitdem draußen vor der Tür. Ihr Unbehagen an der Partei gründet sich nach Ansicht Gebhardts auf den Umgang mit den sogenannten Radikalen, auf zuwenig Engagement

der SPD in Fragen des Umweltschutzes und auf die für viele Berufsbereiche geltende Aussichtslosigkeit in der Ausbildung.

Wieder Massenausritte aus der SPD

In der Stadt Menden (Sauerland) häufen sich die Austritte aus der SPD. So erklärten in öffentlicher Ratssitzung erneut drei Mitglieder der SPD ihren sofortigen Austritt und begründeten ihn mit zunehmenden Linkstendenzen, wachsendem Einfluß der Jungsozialisten und undemokratischen Praktiken im Ortsverein. Unter den Kommunalpolitikern, die der SPD jetzt den Rücken kehrten, befindet sich auch das Ratsmitglied Josef Claudius, das 33 Jahre lang der SPD angehörte. Claudius, der wörtlich erklärte: „Drei Viertel der SPD sind bei uns Jusos“, bekundete seine Absicht, sich um eine Aufnahme in die CDU zu bemühen.

Diese Austritte sind der bisherige Höhepunkt einer seit Monaten schwelenden Krise der Mendener SPD. Zwei Stadtverordnete der SPD verließen vor einigen Wochen bereits Partei und Fraktion, einer ging zur CDU. Der SPD-Stadtverbandsvorsitzende trat unter Protest zurück und verzichtete wegen „undemokratischer Vorgänge innerhalb der SPD“ auf seinen Wahlbezirk und seinen Listenplatz zur Kommunalwahl, obwohl die Kandidatenaufstellung der SPD bereits endgültig vollzogen war.

SPD — eine Männerpartei

Die führende schleswig-holsteinische SPD-Politikerin Eva Rath trat aus der Partei aus: „... Ich sehe keine Möglichkeit für eine progressive Frauenpolitik.“ In der SPD gebe es eine Übermacht von Männern.

■ GORLEBEN

Jetzt muß die Bundesregierung endlich Farbe bekennen

Mit der Entscheidung der niedersächsischen Landesregierung über Gorleben ist die Stunde der Wahrheit für die Bundesregierung und die SPD/FDP gekommen, erklärte Helmut Kohl, nachdem Ministerpräsident Ernst Albrecht im niedersächsischen Landtag die bisherigen Pläne der Bundesregierung zur Entsorgung der Kernkraftwerke abgelehnt und ein neues Konzept verlangt hatte.

Die Verantwortung für die Sicherung der Energieversorgung unseres Landes liegt ausschließlich bei der Bundesregierung. Der Bundeskanzler und die Koalitionsparteien haben jetzt die verfassungsmäßige Pflicht, der energiepolitischen Daseinsvorsorge gerecht zu werden. Deshalb muß die unverantwortliche Zerstrittenheit und das Doppelspiel in SPD, FDP und in der Regierungskoalition endlich beendet werden.

Die Bundesrepublik Deutschland ausreichend mit Energie zu versorgen, gehört zu den wichtigsten nationalen Aufgaben der Bundesregierung. Versagt die Bundesregierung wie bisher, gefährdet sie wichtige Lebensinteressen unseres Volkes.

Solange sich SPD, FDP und die Regierungskoalition in Bund und Ländern nicht zu einer klaren und eindeutigen Haltung in den energiepolitischen Grundfragen durchringen können, ist

nicht erkennbar, wie die wünschenswerte Gemeinsamkeit in der Energiepolitik wiederhergestellt werden kann.

In seiner Regierungserklärung in Hannover sagte Ernst Albrecht zusammenfassend zum Schluß:

Obwohl ein nukleares Entsorgungszentrum — ich habe das im einzelnen dargelegt — sicherheitstechnisch grundsätzlich realisierbar ist, empfiehlt die niedersächsische Landesregierung der Bundesregierung, das Projekt der Wiederaufbereitung nicht weiter zu verfolgen. Statt dessen sollte unverzüglich ein neues Entsorgungskonzept beschlossen werden, dessen Grundlinien wie folgt beschrieben werden können:

- ① **Sofortige Einrichtung inhärentsicherer Langzeitzwischenlager zur Entsorgung der Kernkraftwerke, das heißt von Zwischenlagern, die nicht abhängig sind vom Funktionieren technischer Einrichtungen.**
- ② **Vorantreiben der Forschungs- und Entwicklungsarbeiten zur sicheren Endlagerung radioaktiven Abfalls.**
- ③ **Tiefbohrungen am Salzstock. Und bei positivem Ergebnis bergmännische Erschließung in Gorleben. Und falls die Bohrungen negativ ausfallen sollten, Erkundung anderer Endlagerstätten, denn Endlagerstätten brauchen wir.**
- ④ **Entscheidung über die zweckmäßigste Form der Behandlung und Endlagerung radioaktiven Abfalls erst dann,**

wenn Klarheit über die energiepolitische Zukunft besteht.

5 Dieses Konzept gestattet eine sichere Entsorgung. Es verbaut — und das ist ein ganz wesentlicher Punkt — keinerlei Möglichkeiten für die Zukunft. Es beschränkt die Risiken, die mit der Entsorgung verbunden sind, auf ein Minimum. Und je nachdem, ob sich die Bundesrepublik Deutschland in der Zukunft für Leichtwasserreaktoren, für den Hochtemperaturreaktor oder für den Schnellen Brüter entscheidet, kann die Frage der Wiederaufbereitung neu aufgegriffen werden. Durch die Langzeitzwischenlagerung ist sichergestellt, daß atomarer Brennstoff nicht verlorengeht.

Die niedersächsische Landesregierung ist bereit, an der Verwirklichung eines solchen Konzepts mitzuwirken. Konkret bedeutet dies, eine Langzeitzwischenlagerung einzurichten, schwach- und mittelaktive Abfälle nach Durchführung der gesetzlich vorgeschriebenen Verfahren in niedersächsischen Salzstöcken endzulagern und die bergmännischen Erkundungsarbeiten zur Endlagerung hochaktiver Stoffe voranzutreiben.

Wir wissen, daß ein Teil dieser Aufgaben, zum Beispiel die Errichtung von Langzeitzwischenlagern, auch von anderen Bundesländern übernommen werden kann. Und die Landesregierung würde es für falsch halten, diese Länder — insbesondere Nordrhein-Westfalen — aus der Pflicht zu entlassen. Wir sind uns aber bewußt, daß Niedersachsen aufgrund seiner geographischen Gegebenheiten hier besondere Verantwortung trägt. Und wir werden uns dieser Verantwortung auch nicht entziehen.

Siehe auch UId, Seite 16

■ NORD-SÜD-POLITIK

Thesen zur Entwicklungshilfe

Der Bundesfachausschuß Entwicklungspolitik der CDU hat nach zweijähriger Vorarbeit einen Zwischenbericht mit dem Titel „Entwicklungspolitische Thesen zur Nord-Süd-Politik“ verabschiedet.

Die Verabschiedung erfolgt — so MdB Jürgen Todenhöfer — zu einem Zeitpunkt, da in der deutschen Öffentlichkeit der Eindruck entstehen muß, daß innerhalb der Bundesregierung tiefgreifende Meinungsverschiedenheiten über Bedeutung und Zielsetzung der Entwicklungspolitik sowie der gesamten Nord-Süd-Politik bestehen.

Der Bundesfachausschuß zeigt mit seinen Thesen, daß

— Nord-Süd-Politik zu den vorrangigen Aufgaben einer verantwortlichen Daseinsfürsorge gehören muß,

— eine realistische Entwicklungspolitik immer im Zusammenhang mit den außenpolitischen und außenwirtschaftlichen Beziehungen gesehen werden muß.

Die vorliegenden Thesen werden zunächst der Partei und einer interessierten Öffentlichkeit zur Diskussion vorgelegt. Eine Endfassung wird dem Parteipräsidium zum Beschluß zugeleitet. Den Bericht können interessierte Leser anfordern:

CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abt.
Außenpolitik, Konrad-Adenauer-Haus,
53 Bonn, Fernsprecher (0 22 21)
54 45 19.

■ ALTERSSICHERUNG

Gleichberechtigung der Frau ohne Wenn und Aber

Zu dem in dieser Woche veröffentlichten Gutachten der Sachverständigen-Kommission für die soziale Sicherung der Frau und der Hinterbliebenen hat Generalsekretär Heiner Geißler folgende Stellungnahme abgegeben.

① Zu den bedeutendsten politischen Fragen der Gegenwart mit weitreichenden Auswirkungen für die Zukunft gehört die Aufgabe, die Gleichberechtigung der Frau im Sozialversicherungsrecht und insbesondere im Rentenrecht durchzusetzen. Die Christlich Demokratische Union hat zur Lösung dieses Problems bereits auf dem Mannheimer Parteitag 1975 den Grundsatzbeschluss für eine „Partnerrente“ gefaßt, der auf dem Ludwigshafener Parteitag im Grundsatzprogramm noch einmal einstimmig bestätigt wurde.

Parallel dazu hat das Bundesverfassungsgericht 1975 in einem Grundsatzurteil ebenfalls die Gleichbehandlung von Mann und Frau in der Hinterbliebenenversorgung gefordert und dem Gesetzgeber aufgegeben, diese Frage bis 1984 gesetzgeberisch zu lösen.

② Die Bundesregierung hat zur Vorbereitung dieser Entscheidung eine Kommission unter dem Vorsitz von Prof. Meinhold eingesetzt, deren Mitglieder ohne Mitwirkung der Opposition benannt worden sind. Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hatte sich damals be-

reit erklärt, auf Bitten der Bundesregierung ein sachverständiges Mitglied zur Beobachtung zu entsenden. Mit dieser Aufgabe wurde Frau Verhülsdonk, MdB, betraut.

Das jetzt veröffentlichte Gutachten dieser Sachverständigenkommission liefert zwar einen wertvollen Beitrag zur Versachlichung der in der nächsten Legislaturperiode anstehenden parlamentarischen Entscheidungen und enthält auch wesentliche Elemente der von der CDU entwickelten Konzeption zur Reform der sozialen Sicherung zugunsten der Frau. Dies gilt insbesondere für die Anrechnung von Erziehungszeiten für die Rente.

③ Auf der anderen Seite hat sich die Kommission unter den möglichen Grundformen einer Neuregelung des Hinterbliebenenrechts für die sogenannte „Teilhaberrente“ (Grundform 2) entschieden, die auf die eigenständige Sicherung der Frau im Alter und bei Invalidität bewußt verzichtet. Der Verzicht auf Eigenständigkeit kann auch nicht durch die Berücksichtigung von Erziehungsjahren wettgemacht werden. Ein Rentenausgleich der Zeiten der Kindererziehung bei nichterwerbstätigen Ehefrauen ist nur möglich, wenn die Frau mit den Erziehungsjahren die Mindestanwartschaft erwerben kann (dies ist bei einem Kind nicht möglich) oder wenn der Ehepartner gestorben ist. Eine rentenrechtliche Anerkennung der

Hausfrauentätigkeit wie eine Erwerbstätigkeit — unabhängig davon, ob die Frau Kinder hat oder nicht — ist nicht gewährleistet. Die nichterwerbstätige Frau ist im Falle der Invalidität nicht gesichert.

Wenn man eine Reform der sozialen Sicherung der Frau in Form einer eigenständigen Sicherung ablehnt, so bedeutet dies, daß man die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter zwar als eine nützliche, letzten Endes aber doch minder wichtige Tätigkeit ansieht, die, wenn sie z. B. wegen Invalidität nicht mehr erfüllt werden kann, keinen Versicherungsfall auslösen muß.

④ Wer wirklich eine Reform der sozialen Sicherung der Frau in Form einer eigenständigen Sicherung der Frau wünscht, muß davon abgehen, wie bisher die Rente nur an die Person des Beziehers von Arbeitseinkommen zu knüpfen. So heißt es im Grundsatzprogramm der CDU, beschlossen auf dem Bundesparteitag in Ludwigshafen vom 23. bis 25. Oktober 1978:

„Die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter ist derjenigen der außerhäuslich berufstätigen Frau gleichwertig. Hausfrauentätigkeit und Kindererziehung sind Berufstätigkeit und müssen als solche anerkannt und sozial abgesichert werden. Familienleistungen der Frau müssen ebenso als Beitrag zum Generationenvertrag anerkannt werden wie Beitragszahlungen aus Erwerbseinkommen. Die eigenständige soziale Sicherung aller Ehefrauen und Mütter muß durch eine leistungsbezogene und familiengerechte Partnerrente gewährleistet werden.“

⑤ Die CDU tritt nachdrücklich dafür ein, daß die Tätigkeit der Hausfrau und Mutter derjenigen der außerhäuslich berufstätigen Frau gleichwertig ist. Wer sich den Aufgaben in der Familie voll

widmet, darf nicht wirtschaftlich, rechtlich oder sozial benachteiligt werden.

Die CDU wird es nicht zulassen, daß dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Rechnung getragen wird, ohne zugleich die Situation des nichterwerbstätigen Ehepartners gegenüber heute entscheidend zu verbessern. Die außerordentlich unbefriedigende wirtschaftliche Situation der älteren Frauen in der Bundesrepublik Deutschland ist vor allem darauf zurückzuführen, daß das Sozialversicherungssystem die Leistungen von Hausfrau und Mutter praktisch kaum zur Kenntnis nimmt.

⑥ Die CDU wird sich nicht auf eine Stellungnahme zu dem Kommissionsentwurf beschränken, sondern eine grundsätzliche Alternative der CDU entwickeln. Diese Grundsatzentscheidung der CDU wird gleichzeitig darüber Auskunft geben, wie folgende große Probleme der sozialen Alterssicherung in der Bundesrepublik Deutschland gelöst werden können:

■ Langfristige Sicherung des Generationenvertrages (Familienpolitik).

■ Ordnungspolitisch klarer Anpassungsmaßstab (Wiedereinführung der bruttolohnbezogenen Rente steht für 1982 an).

■ Behandlung der Alterseinkünfte neben Alterseinkünften aus der gesetzlichen Rentenversicherung (Krankenversicherungsbeitrag der Rentner nach Beschluß des Deutschen Bundestages einzuführen ab 1982).

■ Rente als Lohnersatzfunktion.

⑦ Die Christlich Demokratische Union ist die Partei der Gleichberechtigung der Frau ohne Wenn und Aber. Die CDU sichert die langfristigen Finanzierungsgrundlagen der sozialen Alterssicherung des deutschen Volkes.

■ BAFÖG

Höhere Freibeträge abgelehnt

Im Mittelpunkt der Beratungen zur 6. Novelle des BAFÖG standen konstruktive Forderungen der Union. Unser wichtigster Änderungsantrag betrifft die Freibetragsregelungen vom Einkommen der Eltern und des Auszubildenden.

Die Union hält die von der Regierung vorgeschlagene Freibetragsregelung mit 1 300 DM für weitaus zu niedrig, erklärte der Unionsabgeordnete Klaus Daweke. In den vergangenen Jahren haben die zu knapp bemessenen Freibeträge stets dazu geführt, daß ständig Schüler und Studenten mit jeder nominellen Einkommensveränderung der Eltern geringer gefördert wurden oder gar ganz aus der Förderung fielen. Höhere Freibeträge sind deshalb aus familien-, mittelstands- und bildungspolitischer Sicht Kern unserer Forderungen.

Nach den öffentlichen Äußerungen des FDP-Abgeordneten Maihofer konnte der Eindruck entstehen, als sei diese Forderung der Union im zuständigen Ausschuß durchsetzbar. Die Hoffnungen der Opposition und mit ihr vieler Schüler, Studenten und deren Eltern wurden jedoch sehr bald zunichte gemacht. Zwar gab es zwischen FDP und SPD hektische Diskussionen, zum Schluß bestätigten die Koalitionsabgeordneten der Union resignierend, wie ohnmächtig sie in den entscheidenden Fragen innerhalb ihrer Koalition inzwischen geworden sind.

Diese Einschätzung bestätigte sich auch bei den übrigen Unionsforderungen, die fast alle abgelehnt wurden. So wird es auch in Zukunft bei der zweijährigen Anpassung der Freibeträge bleiben. Ein Antrag der Union, eine jährliche Überprüfung vorzunehmen, wurde abgelehnt. Auch die Unionsforderung, den zügig studierenden Studenten einen Teilerlaß der Darlehnsbeträge zu gewähren, fand nicht die Zustimmung der Koalition.

Unser Antrag, die bisher im BAFÖG geltende Altersgrenze nicht von 35 auf 30 abzusenken, wurde ebenfalls abgelehnt. Damit wird insbesondere den Absolventen des zweiten Bildungsweges eine Förderung versagt, falls sie über 30 Jahre alt sind und ein Studium aufnehmen wollen.

Mit einem weiteren Antrag wollten wir durchsetzen, daß ein Auszubildender, der die Überleitung und gerichtliche Durchsetzung seines Unterhaltsanspruchs gegen die Eltern auf das Amt für Ausbildungsförderung verhindern will, ein verzinsliches Darlehen in Anspruch nehmen kann. Damit sollten die unerträglichen Eingriffe unserer Gerichte in die Entscheidungen der Familie abgewendet werden. Hier hatte die FDP-Fraktion volle Unterstützung zugesagt, diese aber unter dem Druck der SPD ausschließlich aufgegeben. Damit bleibt es nach Willen der Koalition bei der familienfeindlichen Regelung dieses Tatbestandes.

UNION BETRIEBS GMBH
5300 BONN
ARGELÄNDERSTRASSE 173
POSTVERTRIEBSSTÜCK
Z 8398 CX
GEBÜHR BEZAHLT

■ ZITATE

Gorleben

Ernst Albrecht hat damit nicht nur — wie Gerhard Stoltenberg vor ihm — seine Lehren aus dem schleswig-holsteinischen Wahlkampf gezogen und den Schwarzen Peter nach Bonn zurückgegeben. Er zwingt Helmut Schmidt und Hans-Dietrich Genscher gleichsam auf ihren kommenden Parteitagen zur Vertrauensfrage in der Energie-, speziell Kernenergiepolitik.

Die Welt, 17. 5. 1979

Albrecht verteidigt die Kernenergie ganz im Sinne der eigenen Partei. Er lehnt die umstrittene und auch für CDU-Wähler wenig attraktive Wiederaufbereitung abgebrannter Brennelemente ab und stimmt dem zu, was unverzüglich geschehen muß, wenn nicht das gesamte Energiekonzept zusammenbrechen soll: den Tiefbohrungen zur Erforschung des

als Endlager für Atommüll vorgesehene Salzstocks von Gorleben.

Doch Albrechts Entscheidung ist nicht nur ein geschickter, lediglich von Taktik bestimmter Schachzug, sondern auch ein wichtiger Kompromiß, der die weitere Nutzung der Kernenergie sichern kann. Darauf müßte sich die Bundesregierung einstellen können, auch wenn zunächst das Wehgeschrei unüberhörbar ist. **Kölner Stadt-Anzeiger, 17. 5. 1979**

Ernst Albrecht, den vor vier Jahren kaum jemand über die Stadtgrenzen von Hannover hinaus kannte, konnte sein großes politisches Geschick und sein Talent, eine klare Konzeption zu vertreten, unter Beweis stellen. Er verbaute einerseits zwar keineswegs die Zukunft, zu der eine intensivere friedliche Nutzung der Atomkraft zur Stromgewinnung gehört und bewies damit gesamtstaatliche Verantwortung. Er trug aber andererseits den gesteigerten Bedenken wegen der (noch) nicht auszuräumenden Risiken für die Bevölkerung Rechnung.

Rheinische Post, 17. 5. 1979

Union in Deutschland — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Heinz Winkler, 5300 Bonn, Konrad-Adenauer-Haus, Telefon (0 22 21) 54 41. **Verlag:** Union Betriebs GmbH, 5300 Bonn, Argeländerstraße 173, Telefon (0 22 21) 22 10 81. **Verlagsleitung:** Peter Müllenbach. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto-Nr. 7 504 152, BLZ 380 500 00, Postscheckkonto Köln, Nr. 2214 31-502, BLZ 370 100 50. Abonnementspreis jährlich 40,— DM. Einzelpreis 1,— DM. **Druck:** VVA-Druck, Düsseldorf.

UID